

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 65 (1973)

Heft: 7-8

Rubrik: Zeitschriften-Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 01.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der Nulltarif wird international immer aktueller

Nummer 274 (April) des in Brüssel erscheinenden Organs des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften, *«Freie Gewerkschaftswelt»*, enthält einen größeren Beitrag des bei den kanadischen Transportgewerkschaften beschäftigten Tony Carew, der zurzeit einen Forschungsauftrag zum Thema einer rationelleren Verkehrspolitik an der englischen Universität Sussex hat. Carew setzt sich in dieser Arbeit in erster Linie mit den Auffassungen der Britischen Gewerkschaften auseinander. Einleitend wirft er die Frage auf, «ob die jetzigen Verkehrsformen die umfassenderen sozialen Bedürfnisse der Gemeinschaft ausreichend berücksichtigen.» Die Tatsache, dass sich immer zahlreichere Gruppen, darunter auch die Gewerkschaften, veranlasst fühlen, energisch für ein Verkehrssystem einzutreten, «das als seine erste Aufgabe die Erstellung einer sozialen Dienstleistung für die Gemeinschaft in ihrer Gesamtheit anerkennt», beweist, dass dies noch nicht der Fall ist.

Die Britische Eisenbahnergewerkschaft setzt sich ganz energisch für eine stärkere Verlagerung des Verkehrs von der Strasse auf die Schienen ein. Sie verlangen den Ausbau und die Modernisierung des Eisenbahnnetzes. Die kurzfristige Politik der «Eigenwirtschaftlichkeit», die vor zehn Jahren eingeführt wurde, hat zu einer Spirale höherer Fahrpreise, geringeren Fahrgastaufkommens und eines eingeschränkten Verkehrsnetzes geführt. Die allgemeine Tarifierhöhung von 20 Prozent vor drei Jahren hat nur zu 14 Prozent Einnahmensteigerung geführt. Die Gewerkschaften in London und anderen Grossstädten sind nun zur Ansicht gelangt, «dass das Ziel ein kostenloser Verkehr sein muss. Das ist eindeutig der Weg, um herauszukommen aus diesem Teufelskreis – weniger Fahrgäste, eingeschränkte Verkehrsbedienungen, grössere Stauungen durch den Individualverkehr und eine allgemeine Verschlechterung der Umwelt. Das Ziel hat auch wichtige politische Weiterungen, da ein Personenverkehr, der allen Menschen als Rechtsanspruch ohne

Rücksicht auf ihre Zahlungsfähigkeit geboten wird, eine stark befreiende Auswirkung haben wird.» Mit der Abschaffung der Fahrkartenausgabe und der Kontrolle würde man die Betriebskosten um 30 Prozent senken können. Im Vordergrund der laufenden Diskussion um die Finanzierung steht der Vorschlag, die Kosten durch eine Besteuerung der Arbeitgeber proportional zu ihrer Lohnsumme zu decken. «Letzten Endes müssen die Unternehmer die Transportkosten für alle anderen von ihnen verwendeten Güter bezahlen, warum also nicht auch für die Arbeitskräfte.» Sowohl den Gewerkschaften wie der Labourpartei ist es klar, dass der Nulltarif nicht von heute auf morgen eingeführt werden kann. Man rechnet mit einer dreijährigen Uebergangszeit bis zur vollen Abschaffung aller Fahrgelder. Inzwischen können besondere Bestimmungen für Kinder und ältere Leute getroffen werden.

Das jugoslawische System der Selbstverwaltung

Nummer 6 der beim Bund-Verlag, Köln, erscheinenden *«Gewerkschaftlichen Monatshefte»* ist dem Thema der jugoslawischen Selbstverwaltung gewidmet. In seinem einleitenden Beitrag umschreibt Gerhard Leminsky die Thematik des Heftes und macht den Unterschied zwischen Mitbestimmung und Selbstverwaltung deutlich. «Die Arbeiterselbstverwaltung stellt ein echtes gesamtgesellschaftliches Konzept dar, während die Mitbestimmung die Machtverteilung vor allem in Unternehmen und Betrieb verändert; die Selbstverwaltung bezieht sich auf Unternehmen, die durch und für die Arbeiter verwaltet werden, während bei der Mitbestimmung der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit institutionell Ausdruck gefunden hat; die Einkommensverteilung ist untrennbar mit der Selbstverwaltung verbunden, bei der Mitbestimmung ist sie nicht eingeschlossen; die Unternehmerfunktion wird in der Selbstverwaltung von jedem Beschäftigten, der deshalb ‚autonomer Produzent‘ genannt wird, mit wahrgenommen, in der Mitbestimmung stellt die unterneh-

merische Funktion ein eigenes Willensbildungszentrum dar, für das besondere Kontroll- und Legitimationsvorschriften gelten.»

Dieser Einführung folgen sechs Beiträge jugoslawischer Wissenschaftler und Praktiker. So schreibt Bogdan Denitsch über «Die Bedeutung der jugoslawischen Selbstverwaltung», Javon Djorjevic erläutert «Position und Rolle der Gewerkschaften im gesellschaftspolitischen System», Zoran Vidakovic/Vukasin Pavlovic haben ihre Arbeit mit «Die jugoslawischen Gewerkschaften und die Arbeiterklasse in der Uebergangsperiode zu einem auf Selbstverwaltung beruhenden Sozialismus» überschrieben, Neca Jovanov behandelt das Thema «Streik und Selbstverwaltung in Jugoslawien», Milan Vukasovic erörtert unter der Ueberschrift «Prozess der Beschlussfassung und Organisationsformen der Gewerkschaft» Probleme der Demokratisierung, und Bogdan Kavcic umschreibt schlussendlich die «Gewerkschaftsorganisation

in der betrieblichen Arbeitsorganisation».

Hinweise

Der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus und der Darstellung der politischen Entwicklung der Sowjetunion räumen die politisch orientierten Zeitschriften nach wie vor viel Raum ein. So gibt Wolfgang Leonhard in Heft 3 der «Schweizer Rundschau» (Solothurn) einen Ueberblick über die 20jährige Entwicklung in der Sowjetunion seit dem Tode Stalins. In der Juni-Nummer der «Schweizer Monatshefte» (Zürich) ist es Alexander Korab, der unter der Ueberschrift «Konsolidierung des sowjetischen Imperialismus» versucht, die Wechselwirkung zwischen aussenpolitischer Flexibilität und innenpolitischer Straffung zu analysieren. Heft 5 der in Stuttgart erscheinenden Monatsschrift «Osteuropa» ist schliesslich der «Sowjetischen Aussenpolitik» gewidmet und enthält Analysen und Dokumente.

Buchbesprechung

Arthur Rich: Mitbestimmung in der Industrie. 240 Seiten, Flamberg-Verlag, Zürich, Fr. 36.—.

Arthur Rich, Professor an der Universität Zürich und Leiter des sozialetischen Instituts, ist einer der grossen Vorkämpfer für die Mitbestimmung der Arbeitnehmer. Aus der Sicht des Sozialetikers befasst sich der Autor in seinem neuesten Werk mit den Grundlagen der Mitbestimmung und erläutert verschiedene Mitbestimmungsmodelle. Einlässlich setzt er sich mit der Mitbestimmung in der Bundesrepublik Deutschland auseinander. Im letzten Teil seiner Arbeit nimmt dann Professor Rich zur aktuellen Mitbestimmungsdiskussion in der Schweiz Stellung. Thematisch beschränkt sich Arthur Rich auf die Mitbestimmung in der Industrie. Besonders hervorzuheben sind die Klarheit und Direktheit der Aussagen, der vorzügliche Stil und die beispielhafte Verständlichkeit. Damit ist gesagt, dass sich das vorliegende Buch an eine breite Leserschaft richtet und diese auch verdient.

Der Sozialetiker Arthur Rich möchte Mitbestimmung als partizipative Kooperation verstanden wissen. Seine 16 Maximen zur Mitbestimmung verdienen spezielle Beachtung. Besser als alle Erläuterungen ist aus der Wiedergabe dieser Grundsätze der vorzügliche Gehalt dieses notwendigen Mitbestimmungs-Buches ersichtlich.

- «1. Mitbestimmung in der Industrie heisst partizipative Kooperation zwischen den Trägerschaften der verschiedenen Produktionsfaktoren in Unternehmen und Betrieb.
2. Sie setzt die Anerkennung des Faktors Arbeit als gleichberechtigt mit den übrigen Faktoren voraus.
3. Von partizipativer Kooperation kann darum nur dort die Rede sein, wo in Unternehmen und Betrieb die Kooperierenden nicht nur zusammenwirken, sondern